

Arbeiten und die Eltern pflegen

Tabuthema Bis zu 25 Prozent aller Berufstätigen pflegen kranke Angehörige

VON KAREN SCHÄRER

Erkrankt ein Kind, dürfen Eltern je bis zu drei Tage vom Arbeitsplatz fernbleiben. So ist es im Arbeitsrecht geregelt. Was aber, wenn eine berufstätige Person am Arbeitsplatz fehlt, weil sie unvorgesahen den Partner oder einen Elternteil pflegen muss? Von dieser Frage sind immer mehr Berufstätige betroffen: Die Alterung der Gesellschaft, die Zunahme von Demenzerkrankungen, medizinische Fortschritte im Bereich chronischer Krankheiten sowie der grössere Anteil berufstätiger Frauen führen dazu, dass immer mehr Berufstätige auch pflegerische Aufgaben übernehmen. Genaue Statistiken, wie viele Berufstätige in die Pflege und Betreuung von Angehörigen involviert sind, gibt es nicht. Je nach Erhebung sind es bis zu 25 Prozent.

Noch ist das Thema vielerorts tabuisiert. «Die Pflege eines kranken Angehörigen ist kein freudiges Ereignis wie die Geburt eines Kindes. Es fällt vielen Arbeitnehmenden und auch Angehörigen

«Die Pflege eines kranken Angehörigen ist kein freudiges Ereignis wie die Geburt eines Kindes.»

Iren Bischofberger, Kalaidos FH

gen schwer, Krankheit oder Behinderung anzusprechen», sagt Iren Bischofberger von der Kalaidos Fachhochschule. Seit 2007 forscht sie mit ihrem Team zum Thema «work & care».

Für die Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker ist es zwingend, dass klare arbeitsrechtliche Regelungen für pflegende Angehörige geschaffen werden: «Freistellungsregelungen für betreuende Angehörige würden dazu beitragen, das Thema zu enttabuisieren.» Schenker plädiert dafür, dass die im Arbeitsrecht erlaubten Absenz-Tage generationenunabhängig sein müssen. In einem Vorstoss verlangt Schenker



Wie reagiert der Arbeitgeber, wenn die Angestellte während der Arbeitszeit den Vater zum Arzt bringt? KEY

nun eine Untersuchung über die Situation von Berufstätigen, die beispielsweise ihre betagten Eltern pflegen. «Während die Vereinbarkeit von Familie und Beruf inzwischen gut ausgeleuchtet ist, weiss man sehr wenig über die Situation am anderen Ende des Spektrums», sagt Schenker.

Iren Bischofberger hat eine Erklärung dafür, dass das gesellschaftlich brisante Thema bis anhin so wenig Beachtung gefunden hat: «In den letzten Jahrzehnten war man in der Schweiz mit der bisherigen Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit kleinen gesunden Kindern vollauf beschäftigt», sagt Bischofberger.

Von einer wachsenden Sensibilisierung bei den Unternehmen berichtet Daniel Huber von der Fachstelle UND, welche sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein-

setzt. «Die Unternehmen erkennen, dass dieses Problem noch verstärkt auf sie zukommen wird.» Je nach Situation liegt die Lösung in einer flexibilisierten Arbeitszeit, im unbezahlten Urlaub oder in der Möglichkeit, über eine gewisse Zeit das Pensum zu reduzieren. Ein Entgegenkommen des Betriebs muss für das Unternehmen nicht nur Umtriebe bedeuten: «Eine erweiterte Familienfreundlichkeit wird für ein Unternehmen zunehmend zum Wettbewerbsvorteil», sagt Bischofberger.

«Männer müssen umdenken»

Huber weist darauf hin, dass das Thema Pflege neu auch verstärkt Männer betrifft. «Seit ein Grossteil der Frauen erwerbstätig ist, übernehmen diese nicht mehr selbstverständlich die pflegenden Aufgaben. Männer müssen

umdenken, damit die Pflege nicht an den Frauen hängen bleibt.»

Davor warnt auch Ruth Derrer Balladore vom Arbeitgeberverband: «Bleibt die Elternpflege an den Frauen hängen, sind sie gar nicht mehr attraktiv auf dem Arbeitsmarkt.» Derrer bestätigt, dass auf Arbeitgeberseite eine «wachsende Sensibilität» für das Thema zu spüren ist. «Schwierig ist, dass – kaum ist man bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Kind einigermaßen auf einem grünen Zweig – nun schon wieder neue Forderungen auf dem Tisch sind.»

[ausserdem zum Thema](#)

Während der Arbeitszeit die betagten Eltern betreuen: Müssen die Arbeitgeber Zugeständnisse machen? Stimmen Sie online ab.

Die ETH Zürich ist weiterhin top

Die ETH Zürich ist laut einem weltweiten Vergleich die beste Hochschule auf dem europäischen Festland. Mit der ETH Lausanne und der Universität Genf platzieren sich in der Rangliste der britischen Gesellschaft QS zwei weitere Schweizer Hochschulen unter den Top 100. Die ETH Zürich verteidigte ihren 18. Platz aus dem Vorjahr, wie QS auf seiner Website mitteilte. An der Spitze der Rangliste liegt wie schon im Vorjahr die britische Elite-Uni Cambridge vor der University of Harvard und dem Massachusetts Institute of Technology (beide USA).

Die ersten Ränge werden wie üblich von den USA und England dominiert. Erst auf Platz 17 folgt mit der McGill University aus Kanada eine dritte Nation, gleich dahinter die ETH Zürich als erste Universität in Kontinentaleuropa. Die ETH Lausanne kommt auf Platz 35 (Vorjahr 32), die Universität Genf auf Platz 69 (Vorjahr 71). Die übrigen Schweizer Universitäten schaffen es nicht unter die besten 100 der Welt. Ihre Platzierungen: Universität Zürich 106 (Vorjahr 101), Universität Lausanne 136 (152), Universität Bern 143 (162) und Universität Basel 151 (137). Die QS-Rangliste basiert auf sechs Indikatoren und schliesst Umfragen ein unter weltweit 33 000 Akademikern sowie 16 000 Arbeitgebern. Gegenüber dem konkurrierenden Shanghai-Ranking wird der Forschung etwas weniger Gewicht beigemessen. Stärker gewertet werden dafür die Betreuung der Studierenden und der akademische Ruf. (SDA)

Nothilfe statt Entwicklungshilfe

Syrien Bürgerliche Politiker fordern, dass die Zusammenarbeit mit dem arabischen Land überprüft oder gar sistiert wird. Die Schweiz müsse dafür dringend direkte Nothilfe leisten.

VON FABIAN MUSTER

Das syrische Regime um den Präsidenten Baschar al-Assad wird international immer isolierter. Nachdem die EU bereits letzte Woche ein Importverbot für Rohöl beschlossen hat, wollen die 27 EU-Aussenminister die Schrauben weiter anziehen und drohen die Wirtschaftssanktionen zu verschärfen. Auch die Schweiz prüft schärfere Sanktionen gegen die Assad-Regierung und hat bereits diverse Bankkonten hochrangiger Politiker gesperrt.

Von Retorsionsmassnahmen bisher nicht betroffen war die Entwicklungszusammenarbeit mit dem arabischen Land. Laut der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) gibt die Schweiz dieses Jahr 3 Millionen Franken aus. Unterstützt werden mit den Geldern vorab irakische und palästinensische Flüchtlinge, die sich in Syrien befinden. Bei einigen Projekten profitieren auch Frauen, die Opfer von sexueller Gewalt wurden. Die Deza arbeitet vorwiegend mit Unterorganisationen der UNO zusammen, etwa dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten. Hingegen wird keines der derzeit zehn Projekte direkt gemeinsam



«Das Risiko ist gross, dass wir mit dem Geld sogar noch das Regime unterstützen.»

Walter Müller, FDP-Nationalrat

mit syrischen Regierungsstellen umgesetzt, wie Pressesprecher Georg Fargago betont.

Zivilbevölkerung jetzt helfen

Für bürgerliche Politiker ist mit der derzeitigen prekären Menschenrechtslage klar, dass die Entwicklungszusammenarbeit überprüft werden muss. «Die Gefahr besteht, dass das Geld einfach irgendwo versickert», sagt die Zürcher CVP-Nationalrätin Kathy Riklin. Die humanitäre Hilfe an Flüchtlinge sei zwar berechtigt, aber sie müsse die Ärmsten auch erreichen. Ins gleiche Horn

bläst der St. Galler FDP-Nationalrat Walter Müller: «Das Risiko ist gross, dass wir mit dem Geld sogar noch das Regime unterstützen. Dafür hätte ich kein Verständnis.» Daher müsse man rasch entscheiden, was in der jetzigen Situation noch Sinn mache. Müller plädiert für eine Umlagerung der bisherigen Entwicklungsgelder in direkte Nothilfe für die unter dem Regime leidenden Bürger: «Es wäre jetzt gescheiter, wenn wir der Zivilbevölkerung medizinisch helfen würden.»

Entwicklungsgelder nicht umlagern

Von einer Umlagerung der Gelder nichts wissen will der Aargauer Grünen-Nationalrat Geri Müller. «Die Entwicklungszusammenarbeit basiert auf langjährigen Projekten. Diesen kann jetzt nicht einfach das Geld entzogen werden, um die Nothilfe zu forcieren.» Man könne ja auch nicht die Diabetes-Spritze so lange aussetzen, bis ein Beinbruch geheilt sei. Zudem ist für den Aargauer «die Chance sehr klein, dass mit unserem Geld das Assad-Regime profitiert». Und noch aus einem anderen Grund will er die Entwicklungszusammenarbeit nicht zusammenstreichen: «Wenn wir keine Hilfe leisten, dann sterben die Menschen jämmerlich vor sich hin.» Er bezieht sich dabei auf die Palästinenser und Iraker, die mit ungenügender Hygiene in Flüchtlingslagern leben. Die Deza drückt es vorsichtiger aus: «Leider muss man davon ausgehen, dass die Bedürfnisse der Flüchtlinge wegen der Lage vor Ort und der internationalen Isolierung sogar noch zunehmen dürften.»

Wir über uns

az im Aufwind

Die «az Gesamtausgabe», zu der die az Aargauer Zeitung, die az Limmattaler Zeitung, die bz Baslandschaftliche Zeitung, die az Solothurner Zeitung, das Grenchner Tagblatt, das Langenthaler Tagblatt und die Partnerzeitungen Oltner Tagblatt und Zofinger Tagblatt gehören, untermauert ihre Position als Nummer 3 der abonnierten Tageszeitungen mit erfreulichen neuen Leserschaftszahlen: Mit 391 000 respektive 452 000 Leserinnen und Lesern verzeichnen sowohl die Normalauflage wie auch die Grossauflage bessere Werte als noch im Frühling. Es zeichnet sich ab, dass die «az Gesamtausgabe» von der Einführung des neuen Layouts, der multikanalen Markenklammer «az» und der damit verbundenen neuen Titelbezeichnung (vormals Mittelland Zeitung) im letzten Herbst profitiert. Auch «Der Sonntag» behauptet sich mit neu 352 000 Leserinnen und Lesern konstant unter den nationalen Sonntagstiteln.

Wir möchten an dieser Stelle Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, für Ihre Treue danken!

Verlag und Redaktion

Nachrichten

Tierschutz **«Bundesrat ist uninformatiert»**

Der Bundesrat will den Abschlusstreunender und verwilderter Katzen nicht verbieten. Das hat den Schweizer Tierschutz (STS) auf den Plan gerufen: Die Landesregierung sei «unwissend und uninformatiert», heisst es in einem Communiqué. So behaupte die Regierung etwa, verwilderte Hauskatzen seien eine Gefahr für Vögel, Feldhasen und Reptilien. Dafür gebe es aber keine wissenschaftlichen Beweise, zitiert der STS den Schweizer Verhaltenswissenschaftler und Katzenspezialisten Dennis C. Turner. Der STS fordert «Kastration statt Abschlus». (SDA)

Landwirtschaft **Weniger Einkommen für Bauern**

Die Einkommen in der Landwirtschaft sind 2010 erneut gesunken. Grund dafür sind neben teilweise tieferen Preisen vor allem witterungsbedingte Ertragsausfälle. Wie die Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon mitteilte, sank das jährliche Durchschnittseinkommen eines Referenzbetriebs um 5100 Franken auf 55200 Franken. Dies entspricht einem Minus von 8,5 Prozent. Bereits im Vorjahr waren die landwirtschaftlichen Einkommen gesunken. Zuvor waren sie jedoch während zweier Jahre stark – um mehr als 10000 Franken – gestiegen und hatten mit 64100 Franken den Rekordwert der letzten zehn Jahre erreicht. (SDA)

Bundesgericht **Dänischer Cidre darf wässrig sein**

Der Schweizer Obstverband ist mit seiner Beschwerde im Zusammenhang mit dem Cassis-de-Dijon-Prinzip auch vor Bundesgericht abgeblitzt. Der Verband hatte sich gegen die Zulassung von dänischem Cidre mit 85 Prozent Wasseranteil zur Wehr gesetzt. Nach Schweizer Recht dürfe verdünnter Apfelwein nur maximal 30 Prozent Wasser enthalten, argumentierte der Verband. Sowohl das Bundesverwaltungsgericht als nun auch das Bundesgericht sprachen dem Verband jedoch die Beschwerdeberechtigung ab. (SDA)